

Sozialistische Wirtschaftsreformen. Tschechoslowakei und DDR im Vergleich. Hrsg. von Christoph Boyer. (Studien zur europäischen Rechtsgeschichte, Bd. 210; Das Europa der Diktatur, Bd. 11.) Vittorio Klostermann. Frankfurt/M. 2006. XLII, 627 S. (€ 99,-)

Die sozialistischen Wirtschaftssysteme des östlichen Lagers waren keine monolithischen Blöcke, in denen sich vierzig Jahre lang nichts bewegt hätte. Wiederholt versuchten einzelne Staatsführungen, ihre unflexiblen Planwirtschaften zu reformieren und effizienter zu gestalten. In dem von Christoph Boyer herausgegebenen Sammelband „Sozialistische Wirtschaftsreformen“ wird dies an den beiden Beispielen DDR und Tschechoslowakei in den 1960er Jahren verdeutlicht. Da eine vergleichende Perspektive in der Forschung zur Geschichte des östlichen Bündnisses immer noch viel zu selten eingenommen wird und sich die meisten Analysen auf nationale Fallbeispiele beschränken, ist dieser Ansatz begrüßenswert. Zum ersten Mal liegt somit eine systematische Untersuchung verschiedener Aspekte des Themas vor, die Ursachen, Modelle und letztlich das Scheitern von sozialistischen Reformbemühungen aufzeigt.

Zu Beginn gibt der Hrsg. in einer umfangreichen Einleitung den theoretischen und methodischen Rahmen des Vergleichs vor und begründet die Wahl der Untersuchungsgegenstände. Mit der DDR und der Tschechoslowakei stehen zwei hinsichtlich ihrer Größe sowie ihrer wirtschaftlichen und demographischen Struktur vergleichbare Volkswirtschaften im Blickfeld, deren „Entwicklungspfade“ zum einen auf bezüglich der staatssozialistischen Reformen allgemeingültige Phänomene und zum anderen auf Besonderheiten hin analysiert werden. So soll deutlich werden, was als systembedingte Erscheinungen der Reformentwicklung und was als Eigenarten vor dem Hintergrund einer jeweils spezifischen historischen Entwicklung anzusehen ist.

Der Band ist in fünf Abteilungen gegliedert, die jeweils von deutschen und von tschechischen Historikern bestritten werden: 1. Das „Neue Ökonomische System“: Makro- und Mikroebene, 2. Die Außenwirtschaft, 3. Selbstverwaltung?, 4. Sozial- und Konsumpolitik sowie 5. Die Reformkader. In den meisten Abteilungen behandelt ein deutscher Autor das jeweilige Thema für die DDR, ein tschechischer beschäftigt sich mit der Tschechoslowakei. Was bei dieser Konstellation gleich zu Beginn ins Auge fällt, ist der unterschiedliche Forschungsstand: Bezüglich der DDR liegen inzwischen wesentlich mehr Studien zur Problematik vor als zur Tschechoslowakei. Die tschechischen Autoren leisten somit gewissermaßen Pionierarbeit, was ein weiteres Verdienst dieses Bandes ist.

Durch den Aufbau des Buches wird schnell deutlich, wo die Reformprozesse in den beiden Staaten Ähnlichkeiten aufwiesen und worin die Unterschiede bestanden. Starke Gemeinsamkeiten sind naturgemäß schon bei der Ausgangslage festzustellen, die durch die einseitige Bevorzugung der Schwerindustrie und durch Vernachlässigung der Leicht- und Konsumgüterindustrie bedingte Krisensymptome gekennzeichnet ist. Ferner wurde angesichts der durch die unflexiblen Planstrukturen erstarrten Volkswirtschaften beider Staaten der Reformbedarf etwa zur gleichen Zeit auf die Tagesordnung gesetzt. Dabei war dies kein Phänomen ausschließlich der 1960er Jahre, wie Drahomír Jančík und Eduard Kubů am Beispiel der Tschechoslowakei deutlich machen: Die dortige Führung bemühte sich bereits Ende der 1950er Jahre um eine Reform der zentralen Planwirtschaft. In der DDR wurde zur selben Zeit ebenfalls Handlungsbedarf gesehen, letztlich blieb es in dieser Phase aber in beiden Staaten bei unzureichenden Versuchen, lediglich einige Planmechanismen zu verbessern.

Erst infolge von ernsten Wirtschaftskrisen zu Beginn der 1960er Jahre kamen weiterreichende Reformbemühungen in Gang, wie Jančík und Kubů für die Tschechoslowakei und André Steiner für die DDR beschreiben. Es erfolgten Umbauten der Preissysteme, die Eigenverantwortung der Betriebe wurde gestärkt, und die mittleren und unteren Leitungsebenen erhielten mehr Bewegungsfreiheit. Gleichwohl bestanden im einzelnen Unterschiede. So zeigte sich die Tschechoslowakei bei der Dezentralisierung flexibler als die DDR – wobei die Abweichungen für die Zeit des Prager Frühlings natürlich besonders offensichtlich sind. Auch die Beiträge von Jaroslav Kučera und Ralf Ahrens über die

Außenwirtschaftsbeziehungen machen deutlich, daß zunächst Gemeinsamkeiten überwogen, 1968 aber vor allem die KSČ die Zügel lockerte und den Unternehmen mehr Eigenverantwortlichkeit gewährte. Ähnlich verhielt es sich bezüglich der Kaderpolitik, die Alena Mířková und Peter E. Fässler behandeln. Zwar wurde in der Tschechoslowakei die politische Linientreue mit der Zeit etwas geringer gewichtet als in der DDR – in beiden Staaten stand aber ohnehin die fachliche Qualität der Kader immer stärker im Vordergrund. In der Tschechoslowakei wurden 1968 sogar häufig Kaderakten vernichtet, doch kam die Reform „von oben“ nicht in ausreichendem Maße „unten“ an. Hier muß allerdings auch die Kürze des Zeitraums in Betracht gezogen werden, der den Reformern 1968/69 vergönnt war.

Ein besonders interessanter Aspekt der Reformen sind die Sozial- und die Konsumpolitik, mit denen die Gesellschaften stabilisiert werden sollten. Ihnen gehen Jiří Kocian und Peter Hübner nach. Die Erfolge der Bemühungen um eine Ausweitung der Konsumgüterversorgung waren allerdings bescheiden, zumal die Leistungsfähigkeit der beiden Wirtschaftssysteme hier kaum Spielräume bot. Allerdings gewann diese „weiche Stabilisierung“ der Parteierrschaft in den 1970er Jahren in beiden Staaten wieder an Bedeutung. Auch hier zeigen sich also deutliche Parallelen. Größere Unterschiede lassen sich hingegen im Zusammenhang der betrieblichen Selbstverwaltung und der Gewerkschaftsreform erkennen, die Jiří Pernes und Friederike Sattler beschreiben. Hier sahen sich die tschechoslowakischen Gewerkschaftsfunktionäre einem wesentlich höheren Reformdruck ausgesetzt als ihre ostdeutschen Genossen. Dies entspricht dem Befund, daß die politische Liberalisierung in der Tschechoslowakei nun einmal weiter fortgeschritten war als in der DDR – was sich zwangsläufig auch auf die Wirtschaftsreformen auswirkte. In der DDR hätten sich die Maßnahmen „in einer gewissen Flexibilisierung der Machttechniken“ erschöpft, so Boyer. In beiden Fällen scheiterten aber schließlich alle weiterreichenden Ambitionen am Machtanspruch der Partei.

Die jeweils gegeneinander gestellten Beiträge zur Entwicklung in der DDR und in der Tschechoslowakei belegen somit viele Gemeinsamkeiten in den allgemeinen Reformbedingungen und -instrumenten, zeigen aber im Detail die tendenziell größere Reformbereitschaft in der Tschechoslowakei. Die kenntnisreiche Einführung Boyers beruht zum größten Teil auf den im Band versammelten Studien, so daß eine Gesamtschau über die Prozesse der Wirtschaftsreformen gleich zu Beginn möglich ist und einen Orientierungsrahmen bietet, der eine Einordnung der Fallbeispiele bei der weiteren Lektüre wesentlich erleichtert. Wünschenswert wäre bei künftigen Darstellungen dieser Art allerdings auch eine Berücksichtigung der gegenseitigen Wahrnehmung der Reformen in den zu vergleichenden Staaten. Eine Antwort auf die Frage, ob einzelne Reformschritte in anderen Blockstaaten abgelehnt oder als Anreiz für die eigenen Pläne diskutiert wurden, könnte einen aufschlußreichen Einblick in die direkten und indirekten Austauschprozesse innerhalb des östlichen Bündnisses geben.

Prag

Volker Zimmermann

Jan C. Behrends: Die erfundene Freundschaft. Propaganda für die Sowjetunion in Polen und in der DDR. (Zeithistorische Studien, Bd. 32.) Böhlau Verlag. Köln – Weimar – Wien 2006. 438 S., s/w Abb. (€ 49,90.)

Die „Freundschaft“ zwischen sozialistischen Staaten gilt im allgemeinen als ein reines Propagandakonstrukt. Insofern scheint es nur konsequent zu sein, daß sich bisher nur wenige Historiker mit diesem Aspekt der Beziehungsgeschichte innerhalb des östlichen Lagers befaßt haben. Eine solche Forschungslücke ist bei näherer Betrachtung allerdings kaum zu rechtfertigen: Schließlich sollte die „Freundschaft“ einerseits den Beziehungen auf Staatsebene ein gesellschaftliches Fundament geben und andererseits die jeweilige Parteierrschaft unter Verweis auf die feste Verankerung in einem Bündnis von Gleichgesinnten legitimieren. Die Freundschaftspropaganda gehörte somit zur Praxis sozialistischer